

Dieselöl Benzin

HEIZOELHAURI

Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Das Tympanon im Bundeshaus von NR Therese Schläpfer
Seite 2

Kanton Zürich
KR Lorenz Habicher blickt zurück auf die vergangene Legislatur
Seite 3

Aktuell
NR Andreas Glarner im Interview zur Asyl-Politik
Seite 4–5

Parlamentsgemeinden
SVP Dietikon setzt sich für die Bevölkerung ein
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Bericht aus Bundesbern am 15. April
Seite 8

DEBATTIEREN STATT DEMOLIEREN!

Politische Trends, die auch uns drohen

Sehen wir uns politische Trends an, stellen wir fest, dass nicht wenige davon aus den USA stammen. Diese fassen zunehmend schneller auch bei uns Fuss. Wer nicht auf englischsprachigen Seiten im Internet verkehrt, kennt den Begriff «kulturelle Aneignung» vermutlich noch nicht allzu lange. In den USA ist dies seit längerem Thema von emotionalen Debatten.

Die Ziele sind nicht neu, wieder versuchen gewisse Gruppen, Zwist zu sähen und den Menschen vorzuschreiben, wie diese zu leben oder wie sie sich zu kleiden haben oder gar welchen Freizeitbeschäftigungen sie nachgehen dürfen.

In der Schweiz machten die Vorfälle von «weissen Musikern, die Rastas tragen» Schlagzeile. Tatsächlich massten sich einige wenige Personen an, anderen vorschreiben zu wollen, welche Frisuren diese tragen dürften. Das Traurige an den Vorfällen ist, dass man diese Personen immer wieder gewähren lässt und in diesem Falle sogar ein Konzert abbricht, nur weil sich Personen mit extremistischem Gedankengut daran stören.

Die sogenannten «Klimakleber», sind bei uns noch ein eher neues Phänomen. Tatsächlich darf sich die Bevölkerung im englischsprachigen Raum über diese Aktionen schon etwas länger ärgern, als wir es tun müssen.



Sandro Strässle
Präsident JSVP Kanton Zürich Dietikon

Wenn all diese Trends aus den USA mittlerweile auch bei uns angekommen sind, möchte man sich fragen, welche Trends in den USA momentan aktuell sind. Die Chancen stehen leider nicht schlecht, dass wir uns auch bald damit auseinandersetzen müssen.

Eine einfache Lösung?

In Kalifornien versuchte man, etwas gegen überfüllte Gefängnisse zu tun. Von den vielen möglichen Lösungen entschied sich die Politik ganz einfach für die folgende: Einige Verbrechen sollten von nun an keine Verbrechen mehr sein. So wurde Diebstahl bis zu einem Warenwert von 950 Dollar zu einer «Ordnungswidrigkeit». Obwohl diese zwar weiterhin geahndet werden könnte, wird dies kaum mehr getan. Diebe laufen nun seelenruhig ein und aus und bedienen sich einfach. Aus Angst um die eigene Sicherheit greift auch das Sicherheitspersonal kaum mehr ein, denn selbst wenn der Täter gefasst werden könnte, sind die Konsequenzen für ihn kaum erwähnenswert.

Mehrere Ladenketten haben reagiert und schliessen immer mehr Filialen. Eine Drogerie-Kette sprach von bis zu 25 000 Dollar Verlust pro Tag und

musste selbst Waschmittel in Glas-schränken einschliessen.

Wäre dies auch bei uns denkbar? Glücklicherweise sind wir davon wohl noch weit entfernt, doch die Strategie, strafbare Handlungen zu legalisieren oder einfach nicht zu ahnden, ist auch bei uns schon angekommen. In der Diskussion um die ZürichCity Card wurde kein Hehl daraus gemacht, dass Personen ohne gültigen Ausweis sich damit ausweisen könnten und keine Angst mehr haben müssten, aufgrund ihres illegalen Aufenthaltes aufgegriffen werden zu können. Auch hierzulande versuchen Politik und Behörden also, aktiv Straftäter zu schützen.

Kein Einzelfall

In den letzten Jahren wurden illegale und gewalttätige Demonstrationen wieder zu einem grösseren Problem in Zürich. Extremistische Gruppen blockieren ihre Mitmenschen bereits regelmässig und zerstören dabei das Eigentum von Bevölkerung, Unternehmen und Staat. Die Kosten für Schäden und Einsatzkosten gehen in die Millionen. Die Lösung des Zürcher Gemeinderates: Für die Teilnahme an illegalen Demonstrationen sollen keine Bussen mehr ausgesprochen werden.



Die von der JSVP Kanton Zürich eingereichte Anit-Chaoten-Initiative fordert unter anderem, dass die Verursacher von Sachbeschädigungen bei illegalen Demonstrationen für den Schaden aufkommen müssen. Bild: pixabay.com

Anti-Chaoten-Initiative der JSVP

Statt die Probleme der Bevölkerung ernst zu nehmen, entscheidet sich die Stadtzürcher Politik, total zu versagen, und fördert die Probleme sogar noch. Mit der zustande gekommenen «Anti-Chaoten-Initiative» hat die JSVP Kanton Zürich glücklicherweise für dieses Problem bereits eine passende Lösung bereitgestellt. Kein Wunder findet die Initiative in manchen Umfragen selbst bei den SP-Wählern eine Mehrheit.

Ein weiterer Trend ist es, Menschen mit abweichenden Meinungen von öffentlichen Auftritten abzuhalten. Gerade vor wenigen Tagen wurde in den USA die Schwimmerin Riley Gaines während eines Auftritts an einer Universität von einem Mob attackiert und geschlagen. Sie musste schliesslich drei Stunden in einem verbarrikierten Raum ausharren, um sich vor dem Mob zu schützen. Die Meinung, die sie öffentlich vertrat: «Es ist unfair, wenn

biologische Männer bei Sportwettkämpfen in der Frauenkategorie antreten dürfen.»

In den USA passiert dies mittlerweile häufiger. In der Schweiz sind das noch Einzelfälle, abgesehen von den inszenierten «Shitstorms» in den sozialen Medien. Doch auch an unseren Universitäten wurden Reden bereits von Extremisten verhindert. Die Gefahr besteht auch bei privaten Anlässen, so haben verummte Extremisten vor einiger Zeit eine Rede im Zentrum «Karl der Grosse» gestürmt und den Redner attackiert. Das Vorgehen erinnert an Taktiken der SA. Es ist wichtig, dass sich Gesellschaft und Politik nicht von solchen Extremisten einschüchtern lassen. Wir dürfen uns von ihnen nicht beirren lassen und müssen klarmachen, was sie sind: Eine radikale Minderheit, deren Positionen in der breiten Bevölkerung keinen Platz haben.



Kantonale Volksinitiative «Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier» Mobilitätsinitiative

Damit der Verkehr fließen kann und Ausweichverkehr in die Quartiere vermieden wird, darf auf Hauptverkehrsachsen die signalisierte Geschwindigkeit nicht reduziert werden.

Jetzt unterschreiben!

Bogen herunterladen:
mobilitaetsinitiative-zh.ch





Christoph
Mörgeli

Prämienschock in Permanenz

Diesen Herbst droht erneut ein Prämienschock. In den ersten zwei Monaten 2023 stiegen die Kosten pro Versicherten um 7,5 Prozent. «Wenn wir nichts unternehmen, fahren wir das Gesundheitssystem an die Wand», warnt die Direktorin von Santésuisse im «Sonntagsblick». Schon heute bezahlt eine vierköpfige Familie monatlich 1200 Franken Prämien. Das ist bald so viel wie für die Miete. Allfällige Lohnerhöhungen halten nie und nimmer mit dem Prämienanstieg mit.

Die Krankenkassen sehen das Hauptproblem in zu vielen Ärzten. Es liegt aber auch an zu vielen Patienten. Nur allein in den letzten zehn Jahren ist netto eine volle Million Menschen in die Schweiz eingewandert. In dieser Zeit sind die Prämien pro Kopf etwa um ein Drittel gestiegen. Unser Krankenversicherungsgesetz sieht vor, dass alle Immigranten vom ersten Moment an die vollen Leistungen beziehen dürfen. Obwohl sie zuvor nie einen Rappen einbezahlt haben.

Netto 180 000 Menschen – was dem Kanton Basel-Stadt entspricht – haben sich allein 2022 in die Schweiz gedrängt. «Schutzsuchende aus der Ukraine haben Anrecht auf medizinische Versorgung in der Schweiz», lautet das Willkomm des Staatssekretariats für Migration. Überhaupt gibt sich der Bund grosszügig: «Asylsuchende erhalten dieselben Leistungen wie andere Personen mit Wohnsitz in der Schweiz. Weder das Krankenversicherungsgesetz noch das Asylgesetz normieren Beschränkungen im Leistungsbezug.» Kein Wunder, kümmern sich so viele krankhaft um ihre Gesundheit.

Die Krankenversicherung wurde seinerzeit eingeführt, damit die Menschen im Krankheitsfall nicht verarmen. Heute verarmen sie wegen des Bezahlens der Krankenkassenprämien. Das geltende Krankenversicherungsgesetz ist ein ins Absurde wachsendes Monster, das dem gesundheitspolitischen Labor von Ruth Dreifuss (SP) entsprang. Nur die SVP hatte die Kraft, dagegen anzukämpfen. Es gibt keine nachhaltige Lösung des Prämienproblems, wenn das Zuwanderungsproblem nicht angepackt wird. Doch diese Wahrheit ist eine bittere Pille. Statt sie einzunehmen, bleiben wir lieber krank.

EINE BESONDERE GESCHICHTE AUS DEM BUNDESHAUS

Das Tympanon im Bundeshaus

Liebe Leser, während bald vier Jahren habe ich Sie immer mit Vorschauen und Nachlesen aus dem Bundeshaus versorgt. Jede Sessionswoche gibt es Informationen zu den Themen und Vorstössen und manchmal auch etwas «Gossip».



Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Danke, meine treuen Leser, dass Sie sich diese Lektüre zu Gemüte führen. Nun habe ich einmal eine etwas andere Geschichte zum Bundeshaus bereit.

Dort gibt es nämlich eine «Kunstkommission Parlamentsgebäude». Und wie es mit allen Kommissionen so ist, werden immer wieder neue Beschäftigten gesucht.

Die Kunstkommission Parlamentsgebäude (KKPG) setzt sich zusammen aus: Hans Rudolf Reust, ehemaliger Präsident der Eidgenössischen Kunstkommission, Claudio Fischer, Botschafter und Mitglied der Geschäftsleitung der Parlamentsdienste, Andreas Münch, Leiter der Kunstsammlungen des Bundes, Christophe Patthey, Portfoliomanager

für das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) und der Künstlerin Anne-Julie Raccoursier, die vor Kurzem Marie Sacconi abgelöst hat. Nur damit in der Leitung ein Ständerat sitzt.

Diese Kunstkommission «verschönert» das Bundeshaus etwas mit Kunst. Dazu gehören beispielsweise die Vitрины mit Geschenken von ausländischen Staatsgästen im 3. Stock. Ein Besuch dieser Ausstellung lohnt sich, wenn man im Bundeshaus weilt.

Nun eben die neue Idee dieser Kommission: Seit das Bundeshaus im Jahre 1902 fertiggestellt wurde, war das liegende Dreieck über den Säulen der Nordfassade – solche Dreiecke werden «Tympanon» genannt – einfach, ohne ein Muster, also «blutt». Es gab wenige Versuche, dieses zu schmücken. Bundesrat und Parlament hatten immer Wichtiges zu tun. Nun scheint es in Bern aber so viele Beamte zu geben, dass Kapazitäten für die unglaublich wichtige Gestaltung dieses blutigen Tympanons frei wurden. Endlich, endlich wird dieses

seit über 120 Jahren ungelöste und drängende Problem angegangen, möchte ich ausrufen. Es geschehen noch Wunder in Bundesbern.

Deshalb hat also die Kunstkommission Parlamentsgebäude einen Gestaltungswettbewerb lanciert. 15 Schweizer Künstlerinnen und Künstler wurden eingeladen, ihre Projektvorschläge für das Tympanon des Parlamentsgebäudes einzureichen. 13 folgten der Einladung. Die Wettbewerbsjury entschied sich schliesslich für das Projekt des Studios Renée Levi und unterbreitete ihren Antrag der Verwaltungsdelegation. Diese folgte dem Juryantrag.

Die ausgewählte Architektin betitelt ihr Werk mit «Tilo», eine Hommage an Tilo Frey (1923–2008), die als eine der ersten zwölf Frauen und als erste schwarze Frau 1971, direkt nach Inkrafttreten des Frauenstimm- und Wahlrechts, in den Nationalrat gewählt wurde.

Freude herrscht, Frauen haben hier alles im Griff. Dazu die Verwaltungs-

delegation: Das dreieckige Giebelfeld wird mit 246 dreieckigen Keramikplatten nahe am Farbton des Gebäudes wie ein Mosaik vollständig ausgekleidet. Durch unterschiedlich verlaufende Rillen und eine feine Glasur bricht sich das Tageslicht – und abends das Kunstlicht – immer wieder neu. Damit entsteht optisch eine leichte Bewegung in der statischen Fassade. Die 246 Dreiecke stehen für die 246 Parlamentarier im Bundeshaus, also auch für die Männer im National- und Ständerat. Das Kunstlicht bricht sich momentan leider nicht in den Rillen, denn das Licht ist abends abgestellt, weil die Schweiz Strom sparen muss. Energiestrategie 2050 sei Dank.

Kosten soll das ganze etwa 500 000 Franken. Und immerhin ein wichtiges Detail, was die Hausfrau auch erfreuen wird: Die Keramikplatten sind pflegeleicht, man muss diese nicht reinigen, weil der Regen die Reinigung übernimmt und die Plättli abwäscht.

Also alles gut, und vielleicht finden die fleissigen Beamten noch weitere Flächen am Bundeshaus, welche man mit Kunst überziehen kann.



Die wertvollen Geschenke von ausländischen Staatsgästen werden in Vitrinen ausgestellt.

Bild: Nationalrätin Therese Schläpfer



Das Tympanon soll mit 246 dreieckigen Keramikplatten (246 Parlamentarier im Bundeshaus) ausgekleidet werden.

Bild: Nationalrätin Therese Schläpfer

NOTRECHT HAT NICHTS MIT «RECHT» ZU TUN, SONDERN ES IST ...

Ecstasy für die Elite

Bundesrat und Kantonsregierungen greifen immer häufiger zu «Notrecht». Macht ohne Kontrolle und Rechtsstaat bewirkt bei den Mächtigen Serotonin-Ausschüttung. Ecstasy für die Eliten.



Hermann Lei
Kantonsrat SVP
Frauenfeld TG

Zur Wahrung der Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität ermächtigte der historische Gesetzgeber den Bundesrat, bei ausserordentlichen, existenzbedrohenden Situationen die verfassungsmässige Ordnung vorübergehend zu durchbrechen.

Das Operieren ausserhalb der Verfassungsordnung diente der Friedenssicherung und richtete sich damit an Situationen wie bewaffnete Kriege oder «Spezialoperationen aus Deutschland».

Für absolute Notfälle

Als liberaler Rechtsstaat wurde das Notrecht in der Bundesverfassung knappgehalten, damit dieses nur in absoluten Einzelfällen aufgerufen werden kann und freiheitseinschränkende Massnahmen nicht Alltag werden.

Weil in Anwendung des Notrechts die Bevölkerung nicht um Erlaubnis gefragt wird – wie hierzulande sonst üblich durch Abstimmungen – gilt das Notrecht für, wie es der Name schon

klar macht, absolute Notfälle. Sicherlich dachte der historische Gesetzgeber nicht an einen «Bailout» von Grossbanken.

Tatwaffe Notrecht

Die Tatwaffe «Notrecht» wurde in jüngster Vergangenheit häufiger geladen und abgefeuert. Die Treffsicherheit will indes noch geübt sein.

Im Jahr 2008 wollte der Bundesrat den Bankriesen UBS vor dem Kollaps bewahren und hat sich selbst nebenbei eine goldene Nase verdient. Mit dem Notrecht sollte für diesen «Einzelfall» die Finanzwelt vor dem «Worst case» bewahrt werden. Etwa zehn Jahre später begab sich ein Mikro-Organismus auf Weltreise. Allein zufolge der Pandemie wurde das Notrecht achtzehnmal angewendet und damit das Parlament und die Bevölkerung entmachtet. Der Bundesrat agierte als Kläger, Richter und Henker zugleich.

SKA-Texon-Prozess

Vor mehr als vierzig Jahren kam der Schweizer Finanzmarkt mit dem sogenannten «SKA-Texon-Prozess» ins Stocken. Über eine Strohfirma in Liechtenstein wurden mehrere Milliarden für rechtswidrige Handlungen geschleust.

Den schlechten Ruf konnte die heute besser als «Credit Suisse» bekannte

Grossbank nicht mehr abschütteln. Auch heute ist die CS kein unbeschriebenes Blatt. Nach jahrelangem Missmanagement kann aber nicht von einer unvorhergesehenen Notlage gesprochen werden. Die Bundesverfassung erlaubt das Notrecht nur bei unmittelbarer Bedrohung.

Notrecht für Schlafmützen?

Diese «Unmittelbarkeit» hätte vor Jahrzehnten verhindert werden können oder müssen. Die CS hatte einen vielseitigen Lebenslauf an Skandalen.

Als eine systemrelevante Bank lag es in der Verantwortung der FINMA, bei Missständen den ordnungsgemässen Zustand wiederherzustellen. Der Handlungsbedarf bestand schon lange. Durch das Untätig-Bleiben fuhr die FINMA das Vehikel CS gegen die Wand und überlässt das Wrack dem Bundesrat, der sich nun als Abschleppdienst versucht.

Zwangsehe per Notrecht

Bewaffnet mit dem Notrecht, schloss der Bundesrat eine Zwangsehe zwischen der UBS und der CS und enteignete ohne Mitspracherecht bei einem Umtauschverhältnis von 22,48 : 1 die Aktionärsrechte. Der Bundesrat gefährdet damit die verfassungsmässige Eigentums-garantie. Die UBS muss die Übernahme

gegen ihren Willen und mit vorgehaltener Waffe vollziehen, während die CS dies als «Fusion» betitelt. Ist die neue UBS nun wirklich «too big to fail»?

Notrecht als Generalvollmacht?

Anscheinend rückt beim Bundesrat der ursprüngliche Sinn des Notrechts in den Hintergrund. Es wird heute als eine «Allzweckwaffe der Aufgabenbewältigung» oder «Generalvollmacht» verwendet. Damit wird der Begriff des Notrechts verwässert, und es werden immer mehr Situationen des Alltags als «Not» verstanden. Die ständige Häufung des Notrechts ist eine wachsende Gefahr für unsere Demokratie, weil gewählte Vertreter und die Bevölkerung immer häufiger vom Diskurs ausgeschlossen werden.

Ecstasy für die Eliten

Notrecht hatte mit «Recht» noch nie etwas zu tun; es war schon immer Handeln ausserhalb des Rechts.

Neuerdings hat es auch nichts mehr mit «Not» zu tun. Vielmehr führt der Bundesrat in Selbstberauschung und in Eigenregie das Drehbuch «Schweiz». Das «Notrecht» ist zum Ecstasy für die Eliten geworden.

Anm.d.Red.: Dieser Artikel erschien erstmals im Newsletter BRISANT der Schweizerzeit.

AUS DEM KANTONS RAT

Ostermontag, keine Sitzung!

Die Osterfeiertage bieten den Parteien die Gelegenheit, nach den Kantons- und Regierungswahlen die Kräfte zu sammeln und sich auf den Wahlherbst 2023 zu konzentrieren. Es finden im ganzen Kanton Delegiertenversammlungen mit Präsentationen und Nominierungen für den National- und Ständerat statt. So hat auch die SVP Kanton Zürich an ihrer DV vom 28. März 2023 die Kandidaturen für die National- und Ständeratswahlen nominiert.



Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich Kreis 9

Zurück zur SVP-Kantonsratsfraktion, die sich in neuer Zusammensetzung am Dienstag, 4. April 2023, für die Legislatur 2023–2027 konstituiert hat! Ausgehend vom Wahlkampf und verstärkt mit neuen, unverbrauchten Kräften wird die politische Arbeit weiter konsequent vorangetrieben. Der Souverän hat ein Recht darauf, dass die Wahlkampfparolen nicht nur leere Worthüllen sind und jetzt den Worten auch Taten folgen.

Ein kurzer Rückblick

Zur Einstimmung hier ein kurzer Abriss von Volksinitiativen und anderen kantonalen Abstimmungen der letzten vier Jahre. Aus einem Formtief vor den Erneuerungswahlen 2019, mit 2x NEIN zu Hunde- und Wassergesetz am 10. Fe-

bruar 2019, musste sich die SVP-Fraktion einen langen, steinigen Weg zurückkämpfen. Die 2x JA zum Zusatzleistungsgesetz (ZLG) und der Änderung des Strassengesetzes (StrG) am 27. September 2020 haben beträchtliche, jährliche Mehrausgaben (die SVP hatte davor gewarnt) im Kantonshaushalt bewirkt. Nur die umsichtige Finanzplanung des SVP-Regierungsrats Ernst Stocker konnte den Absturz der Kantonsfinanzen verhindern und die Pandemie-Massnahmen finanzieren. Zudem schaffte es die SVP-Fraktion fast gleichzeitig, mit einer minimalen Steuersenkung von 1%, mehrheitsfähig zu werden.

Weitere politische Pflöcke konnten mit der Volksinitiative «Nennung der Nationalitäten bei Polizeimeldungen» respektive mit der Anpassung des Sozialhilfegesetzes (SHG) vom 15. Juni 2020 erreicht werden. Obwohl letztere Parlamentarische Initiative (die klare rechtliche Grundlagen für Sozialdetektive forderte) vom politischen Gegner stark abgeändert wurde, hat die SVP das Anliegen eingebracht. Deutlich wurde auch die Herabsetzung des Stimm- und Wahl-

rechtsalters auf 16 Jahre, Änderung der Verfassung des Kantons Zürich, vom Souverän am 15. Mai 2022 abgelehnt. Abschliessend überzeugte die SVP-Ge- rechtigkeitsinitiative am 27. November 2022 die Stimmbürger: Sowohl Volksinitiative wie auch Gegenvorschlag erreichten eine JA-Mehrheit, wobei der Gegenvorschlag knapp obsiegte.

Die aktuelle politische Lage

Von diesem kleinen Rückblick zur aktuellen politischen Lage. Die Klima-Allianz und ihre Verbotsparteien taumeln von einer Krise zur nächsten! Es wird Zeit, dass die Stimmbürger realisieren: «Spezialgesetzgebungen» sind keine tragfähigen Lösungen und auf längere Sicht erzielt die überlegte SVP-Politik nachhaltigere Ergebnisse. Als nächster Schritt ist ein NEIN am 18. Juni 2023 zum Stromfresser-Gesetz angebracht, denn dieses ist zerstörerischer als das abgelehnte CO₂-Gesetz und die unsägliche Energiestrategie 2050 zusammen. Die SVP hat dagegen das Referendum ergriffen und nun gilt es, ein NEIN am Abstimmungssonntag zu erkämpfen.

KOMMISSION FÜR SOZIALE SICHERHEIT UND GESUNDHEIT KSSG

Besichtigung des Kispi-Rohbaus auf der Lengg

Ih. Schon am Dienstag, 11. April 2023, im Sinne einer abschliessenden Sitzung der Legislatur 2019–2023, konnte die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) an der Besichtigung des Rohbaus des neuen Kinderspitals Zürich teilnehmen. Obwohl grösstenteils privat über eine Stiftung finanziert, ist der Kanton Zürich doch mit einem tiefen dreistelligen Millionenbetrag an diesen Neubauten beteiligt.

Wichtiger indes sind die Vergabe der verschiedenen Leistungsaufträge ans Kispi und die enge Zusammenarbeit im universitären Bereich. Der Gesundheitscluster Lengg nimmt somit weiter Gestalt an und die Kommissionsmitglieder sowie SVP-Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli konnten sich vor Ort ein

Bild davon machen. Die Verantwortlichen müssen hier die Prozesse und Abläufe des Kinderspitals Zürich neu denken, überprüfen und bis zum Zügeltermin im Herbst 2024 erproben. Ein wirklich grossartiges Projekt für die kleinsten und jüngsten Patientinnen und Patienten im Kanton Zürich. Solche Besichtigungen und Sitzungen vor Ort gehören zu den angenehmen Kommissions-tätigkeiten, obwohl das Wetter an diesem

Dienstagmorgen nicht wirklich mitspielen wollte. Abschliessend konnte die KSSG noch ihren zweiten SVP-Präsidenten dieser Legislatur, nach Benjamin Fischer nun also Roman Schmid, bei einem Mittagessen im Frohsinn Opfikon verabschieden. Nach acht Jahren mit SVP-Präsidiem wechselt die Führung der KSSG, mit dem designierten Präsidenten Andreas Daurü, jetzt für die nächsten vier Jahre zur SP.



Die Mitglieder der KSSG nehmen einen Augenschein vor Ort.

Bild: zvg

WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

Von Erfolg zu Erfolg – doch NOCH nicht überall

Die Zürcher Wahlen sind nun schon seit einigen Wochen Geschichte. Die SVP des Kantons Zürich freut sich über die eingeleitete Trendwende und das Abschneiden unserer beiden Regierungsräte. Die letzten Zahlen im April in den Kantonen Genf, Luzern und Tessin haben gezeigt, dass die SVP auch in anderen Gebieten deutlich zulegen kann. Dies gibt uns allen Auftrieb für die bevorstehenden Wahlen im Herbst. Die politische Grosswetterlage zeigt sich aktuell günstig; hoffentlich hält dieser Umstand bis mindestens Ende Oktober und wir können einen nächsten Erfolg für die SVP, insbesondere natürlich für die Zürcher SVP, verzeichnen. Aber diese Erfolge sind mit grosser Vorsicht zu geniessen. Sie verleiten dazu, zufrieden zu sein. Es darf nicht passieren, dass wir dadurch die Mobilisierung und somit die Wahlteilnahme unserer Basis und Sympathisanten schwächen.

Für erfolgreiche Wahlen ist unsere Partei mehr denn je auf die Unterstützung aller Mitglieder und Sympathisanten angewiesen. Dies mit tatkräftiger, aber auch finanzieller Hilfe. In den nächsten Tagen werden dafür alle Mitglieder ein persönliches Schreiben erhalten. Die SVP dankt schon jetzt für

jeden finanziellen Beitrag, der uns helfen wird, erfolgreiche Wahlen im Herbst möglich zu machen.

Damit wir aber auch weiterhin Erfolgsmeldungen schreiben können, sind an anderer Stelle noch weitere Bemühungen notwendig.

Seit einigen Monaten sammeln wir Unterschriften für die Mobilitäts-Initiative. Ein gemeinsamer kantonaler Vorstoss mit der FDP des Kantons Zürich. Gut zwei Monate vor dem Ende der Sammelfrist haben wir noch deutlich Luft nach oben für die Anzahl eingegangener Unterschriften. Nutzen Sie deshalb unbedingt die Möglichkeit, den Unterschriftenbogen, der dem eingangs erwähnten persönlichen Schreiben beigelegt ist, auszufüllen und von stimmberechtigten Familienmitgliedern, Freunden und Nachbarn mitunterzeichnen zu lassen. Und dann unbedingt sofort einsenden.

Diejenigen, die aktuell noch ausgefüllte Unterschriftenbögen bei sich zu Hause haben, bitten wir ebenfalls, diese nun unmittelbar einzusenden. Es wird KEINE Kontingentslimiten für Sektionen oder Mandatsträger geben. Es gibt also keinen Grund, diese noch länger aufzubewahren. Ziel muss es sein, den nächsten Erfolg erzielen zu kön-

nen und – zusammen mit der FDP – deutlich mehr als die geforderten 6000 Unterschriften der Zürcher Verwaltung einreichen zu können. Wenn Sie noch weitere Unterschriftenbögen benötigen, so melden Sie sich ungeniert beim Sekretariat unter der Telefonnummer 044 217 77 66 oder via sekretariat@svp-zuerich.ch. Wir senden Ihnen weitere Bögen umgehend zu. Schon jetzt herzlichen Dank allen, die bereits zahlreich und engagiert Unterschriften gesammelt haben.

Für den 6. Mai ist für die Mobilitäts-Initiative noch ein kantonaler Sammeltag vorgesehen, bei welchem in allen Bezirken in zahlreichen Sektionen nochmals die Unterschriftensammlung in den Mittelpunkt gestellt wird.

Mit Ihrer Mithilfe können wir somit die nächste Erfolgsgeschichte schreiben, aber – wie erwähnt – wir dürfen nicht träge werden.



von
Marco Calzimaglia

NEUE MITGLIEDER IM ZÜRCHER KANTONS RAT

Konstituierende Sitzung der SVP/EDU-Kantonsratsfraktion

Die SVP Kanton Zürich blickt auf erfolgreiche Kantons- und Regierungswahlen 2023 zurück. Die Kantonsratsfraktion konnte um einen Sitz zulegen und besteht ab der neuen Legislatur 2023–2027 aus 46 SVP- und 3 EDU-Mitgliedern.



Die elf neuen Vertreter der SVP im Zürcher Kantonsrat, mit Regierungsrätin Natalie Rickli, Parteipräsident Kantonsrat Domenik Ledergerber und Fraktionspräsident Martin Hübscher. V.l.n.r. Bernhard im Oberdorf, Anita Borer, Urs Wegmann, Susanne Brunner, Markus Bopp, Ursula Junker, Marion Matter, Christian Pfaller, Roger Schmidinger und Tobias Infortuna. Nicht auf dem Bild: Alexander Seiler.

Bild: SVP Kanton Zürich

Um die kantonsrätliche Arbeit am 8. Mai 2023 mit dem Beginn des neuen Amtsjahres aufnehmen zu können, traf sich die SVP/EDU-Kantonsratsfraktion zur ausserordentlichen und konstituierenden Fraktionssitzung.

Im ersten Teil wurden die elf neuen Mitglieder in den Grundlagen der Arbeiten als Kantonsrat geschult. Sie erhielten einen Einblick in den Auftrag des Kantonsrates und die administrativen Abläufe für Ratsmitglieder. Um den Einstieg etwas zu erleichtern, bekam jedes neue Mitglied einen Rats-Götti – ein bisheriges Ratsmitglied – zugeteilt. Das SVP-Parteiprogramm und die Legislaturziele der Kantonsratsfraktion bilden das Fundament des Schaffens. Parteipräsident Domenik Ledergerber gab dazu wertvolle Hinweise.

Zum zweiten Teil des Abends gesellten sich auch die bisherigen und wiedergewählten Ratsmitglieder dazu. Fraktionspräsident Martin Hübscher erklärte die Ausgangslage im Kantonsrat in der neuen Legislatur, welche ein messerscharfes Links-Rechts-Verhältnis von 90:90 Stimmen präsentiert. Regierungsrätin Natalie Rickli erläuterte den Auftrag der Fraktion aus Sicht des Regierungsrates. Anita Borer, Mitglied der Parteileitung, Kommunikationsverantwortliche und ebenfalls neu im Kantonsrat, gab den Anwesenden Tipps zur

Kommunikation nach aussen in den sozialen Medien.

Konstituierung

Mit dem Beginn der neuen Legislatur müssen die sieben Sachkommissionen und fünf Aufsichtskommissionen im Kantonsrat und deren Präsiden neu gewählt werden. Für die SVP/EDU-Fraktion hat der Fraktionsvorstand dazu an mehreren Sitzungen eine entsprechende Einteilung vorbereitet. Wo immer möglich wurden die Präferenzen und fachlichen Fähigkeiten der einzelnen Fraktionsmitglieder berücksichtigt. Die Liste wurde denn auch ohne Gegenantrag von den Anwesenden genehmigt.

Fraktionspräsident Martin Hübscher wurde erwartungsgemäss einstimmig als Fraktionspräsident wiedergewählt. Als Vize-Fraktionspräsident wählten die Fraktionsmitglieder Tobias Weidmann, Hettlingen. Die der SVP zukommenden Kommissionspräsidien wurden wie folgt besetzt: Finanzkommission (FIKO) Tobias Weidmann, Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) Marcel Suter, Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) Daniel Wäfler. Die Präsiden wurden ebenfalls einstimmig genehmigt.

Marlies Pfister,
Fraktionssekretärin

Kantonsrat
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht für die Amtsperiode von 2023 bis 2029

zwei nebenamtliche Mitglieder und ein Ersatzmitglied für das Baurekursgericht

Das Baurekursgericht ist ein erstinstanzliches Fachgericht zur Beurteilung bau-, planungs- und umweltrechtlicher Rekurse. Seine Besonderheit liegt darin, dass das nötige Fachwissen von den nebenamtlich tätigen Präsidenten und Präsidentinnen sowie Mitgliedern eingebracht wird. Zeitaufwändige Expertisen sind dadurch in aller Regel entbehrlich. Im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen 2023 sucht die Justizkommission:

- 2 nebenamtliche Mitglieder, 12 % (1x Mitte und 1x SVP),
- ein Ersatzmitglied (SVP).

Anforderungen

- Vertiefte Kenntnisse in den Fachbereichen Architektur, Planung, Ingenieurwesen, Umweltwissenschaften
- Vertrautheit mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Verhandlungsgeschick und sicheres Auftreten
- Zeitliche und örtliche Flexibilität
- Einwandfreier Leumund

Für die Tätigkeit als nebenamtliches Mitglied ist mit einem Zeitaufwand im Umfang von 1 Tag, wobei entsprechende örtliche und zeitliche Flexibilität als auch eine regelmässige zeitliche Verfügbarkeit während des Jahres notwendig ist. Ersatzmitglieder bearbeiten etwa 15 Fälle pro Jahr. Der Aufwand pro Geschäft mit Augenschein dürfte im Schnitt ungefähr bei 1 bis 1,5 Arbeitstagen liegen. Die Entschädigung der nebenamtlichen Mitglieder richtet sich nach § 31 der Personalverordnung. Ersatzmitglieder erhalten ein Sitzungsgeld.

Umfassende Informationen zum Baurekursgericht finden sich im Internet unter www.baurekursgericht-zh.ch

Interessiert?

Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung inklusive Strategierauszug und Wohnsitzbestätigung (nicht älter als drei Monate) bis am **Montag, 17. April 2023**. Bitte erwähnen Sie in Ihrer Bewerbung, ob Sie sich als nebenamtliches Mitglied oder als Ersatzmitglied bewerben und nennen Sie Ihre Parteizugehörigkeit. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, RAIN M.Law Laura Gantenbein (Tel. 043 259 20 67).

PETITION ZUM ERHALT DER SCHREBERGÄRTEN IM BETSCHENROHR

Schlieremer Volk begehrt auf

Im Laufe dieser Woche hat das Schlieremer Volk dem SP-Stadtpräsidenten eine Petition mit fast 4000 Unterschriften zum Erhalt der Schrebergärten im Betschenrohr übergeben.



Rochus Burtscher
Kantonsrat SVP
Dietikon

Die Zahl der Unterschriften ist enorm und sollte dem Stadtpräsidenten zu denken geben. Er sollte sich schleunigst mit dem Regierungsrat Martin Neukom in Verbindung setzen und das Jahrhundertprojekt «Lebendige Limmat» kritischer beurteilen. Gegen 300 Schrebergärtner würden nämlich aufgrund dieses Projektes ihr Hobby verlieren.

Schrebergärten sind ein hoch wirksames Integrations-Projekt, bei dem alle möglichen Kulturen aus Schlieren zusammenleben und sich gewaltlos austauschen. Mit einem «Federstrich» soll nun dem ein Ende gesetzt werden. Gewiss: die Limmat holt sich ihre Landstücke zurück – doch man muss definitiv nicht päpstlicher als der Papst sein. Es gilt, gesunden Menschenverstand walten zu lassen. Nicht alles, was vor über 100 Jahren gemacht wurde, ist falsch.

Glückliches Zusammenspiel Mensch-Natur

Es darf auch nicht sein, dass das Zusammenleben Mensch-Natur bzw. Natur-Mensch aufgrund falschverstandener Moral aufs Spiel gesetzt wird. Die Schrebergärtner sind sich bewusst, was sie alles dürfen und nicht –

ansonsten gibt es auch hier Regeln, die sie einhalten müssen. Wir sollten ihnen diesen Entwicklungsraum nicht einfach wegnehmen. Es sind Kinder, Jugendliche, Eltern, Grosseltern und Freunde sowie Verwandte, die sich an einem schönen Tag oder am Wochenende im Betschenrohr treffen und gemeinsam die Auszeit geniessen. Viele der Schrebergärtner sind zudem über die Jahre stark verwurzelt im Betschenrohr und die Regierung würde somit dieses «Jahrhundertprojekt» einfach entwurzeln! Wir leben doch nicht in China, wo dieses Gehabe gang und gäbe ist.

Weiter verlangen die Moralisten immer mehr nach Orten mit Erholungsphasen. Doch genau aufgrund einer «Revitalisierung» werden diese Orte einfach weggewischt. Nur schon das Wort «Revitalisierung» tönt abstrus, übersetzt heisst das, dass die Limmat «tot» ist oder zumindest auf der Intensivstation liegt. Dem ist bei weitem nicht so! Die Limmat befördert in der Sommerzeit auch viele «Böötler», vielleicht sind diese das Übel gegen die Artenvielfalt!

Gratulation den Petitionären

Das Limmattal ist ein lebendiger und qualitativ wachstumsorientierter Wirtschaftsraum vor den Toren von Zürich. Die Limmattaler wissen, wie mit dieser Situation umzugehen ist, da brauchen sie keine Revitalisierung. Vielmehr sollte darauf geachtet werden, dass die gesamte Bevölkerung miteingebunden wird und nicht akademische Schreibtischtäter über ein Gebiet entscheiden. Gratulation den Petitionären, dass sie den Mut aufgebracht haben und sich dagegen auflehnen.



Ein grosser Teil der Schrebergärten sowie der Landwirtschaftszone (oben) wird geopfert.
Bild: betschenrohr.ch/gebietbilder

SVP KREIS 12

Nationalrat Andreas Glarner in Schwamendingen

Am Dienstag, dem 4. April, besuchte Nationalrat Andreas Glarner (AG) die Kreispartei 12 Zürich-Schwamendingen der SVP Stadt Zürich. Im Restaurant Hirschen in Schwamendingen referierte Andreas Glarner über die aktuelle Asylkrise, falsche Migrationsanreize der Schweiz und auch über das Pulverfass Türkei.

Die Schweiz erlebt, nach 2015, eine erneute Migrationskrise. Links-grüne Kräfte in Bundes-Bern weigern sich partout, die Problematik anzuerkennen. Die Schweizer und auch Zürcher Bevölkerung muss hier im Herbst unbedingt wieder die politischen Weichen in Richtung bürgerlicher Politik stellen.

Im folgenden Interview spricht Andreas Glarner über seine persönliche Motivation, konkrete Lösungsansätze für das Schweizer Flüchtlingsproblem und das politische Klima in Bern.

Andreas Glarner, Sie warnen seit Jahren vor der drohenden und nun eingetroffenen Asyl-Katastrophe. Im besten Falle wurden sie belächelt, aber oftmals auch angefeindet. Woher nehmen Sie die Motivation, immer weiterzumachen?

Wir haben in erster Linie einfach eine Verpflichtung, das zu bewahren, was sich noch bewahren lässt. Die Schweiz muss, im Rahmen des Möglichen, vordieser, man kann es auch nicht anders sagen, «Masseninvasion» bewahrt werden. Salopp gesagt, ist es meine Motivation die Schweiz zu «retten». Wir müssen jetzt aufpassen, dass uns nicht auch noch der letzte Rest Schweiz kaputt geht.

Schweizer Mieter müssen ihre Wohnungen für Asylanten verlassen, Kantone rufen den Asylnotstand aus: Die Schweiz kommt an ihre Grenzen. Was ist nun im Asylbereich zu tun?

Wie es die SVP fordert, müssen nun die sogenannten «Transitzonen» an unseren Grenzen geschaffen werden. Mit diesen soll erreicht werden, dass Asylsuchende nicht automatisch den Status der «vorläufig Aufgenommenen» erhalten, bloss weil sie Schweizer Boden betreten.

Ausserdem fordert die SVP die Auslagerung der Bearbeitung der Asylgesuche zum Beispiel nach Ruanda, so dass es wirtschaftlich schlicht und einfach unattraktiv wird, bei uns Asyl zu verlangen.

Personen, welche an Leib und Leben bedroht sind, sollen selbstverständlich weiterhin bei uns Schutz erhalten, getreu unserer humanitären Tradition. Alle anderen müssen aber konsequent unser Land wieder verlassen. Es gilt in erster Linie, zu verhindern, dass diese «Nicht-Schutzbedürftigen» überhaupt erst in die langsam mahlenden Mühlen unserer Verwaltungen gelangen.

Die SVP lanciert ab dem Sommer 2023 ihre «Nachhaltigkeitsinitiative». Weshalb braucht es diese Initiative genau jetzt?

Die Nachhaltigkeitsinitiative hat zum Ziel, dass die Schweiz die Grenze von 10 Millionen Einwohnern nicht überschreitet. Der Bundesrat wird angehalten, Massnahmen zu ergreifen, falls die Überschreitung der 10 Millionen Einwohner droht. So viel kann ich hier einmal auswendig zur Initiative wiedergeben (lacht).

Ich bin sehr froh, dass die Zürcher Kantonalsektion hier den Stein ins Rollen gebracht hat und auch in Bern Druck macht, dass die Initiative ins Rollen kommt. Dies freut die Nachbarschaft!

Sie sind seit 2015 Mitglied des Nationalrats. Wie hat sich das politische Klima in Bern in den vergangenen acht Jahren verändert?

Das Motto in Bern lautet: «Alle gegen die SVP.» 2015 war einiges noch machbar, doch in der Zwischenzeit ist es wirklich so, dass wir auch den EU-Beitritt fordern könnten, und er würde abgelehnt werden, einfach weil er von

der SVP kommt. Es ist wirklich unglaublich.

Auch in der gesundheitspolitischen Kommission, in welcher ich Einsitz haben darf, werden alle unsere Ideen und Anträge grundsätzlich aus Prinzip abgelehnt. Es ist sehr frustrierend, im Nachhinein so viel Mal Recht zu bekommen, aber im Voraus kategorisch ignoriert zu werden.

Entscheidend ist auch, dass die Wählerinnen und Wähler bis im Herbst eines realisieren: Die GLP ist eine linke Partei. Ich begreife diejenigen Wählerschichten nicht, die denken, sie gäben mit ihrer Stimme an die GLP ihre Stimme an eine liberale Partei. Aber auch die FDP muss zu ihren Werten zurückfinden, zu einem Liberalismus ohne «ie».



Volles Haus in Schwamendingen am Vortrag von Andreas Glarner. Der Aargauer Nationalrat wusste mit seinem Fachwissen zur Asylpolitik zu überzeugen.
Bild: Christian Mettler

MEDIENMITTEILUNG DER SVP USTER ZUR RECHNUNG 2022

Rechnung 2022: Ein Gewinn auf Kosten der Ustermer Steuerzahlenden

Die Stadt Uster vermeldet für das Rechnungsjahr einen Gewinn. Was auf den ersten Blick erfreulich erscheinen mag, ist pure Augenschwermerei.

Denn: Die Ausgabenseite hat der rot-grüne Stadtrat nicht im Griff. Die Globalkredite liegen über Budget, sogar ein Nachtragskredit in der Rechnung 2022 war notwendig gewesen. Nur die guten Steuereinnahmen haben das Ergebnis in einen Gewinn verwandelt. Mit der von rot-grün bewilligten Steuerfusserhöhung werden den Steuerzahlenden in Uster unnötig finanzielle Mittel weggenommen.

Geld, das die Ustermer Steuerzahler nicht in Uster ausgeben können und somit unserem Gewerbe, den Vereinen und dem Leben allgemein fehlt. Der Spardruck bei der Stadt Uster ist gleichzeitig inexistent. Die weiterhin hohe Abhängigkeit der städtischen Rechnung von den Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer ist besorgniserregend.

Ob der Stadtrat finanzpolitisch fit ist, ist zu bezweifeln. Erneut hat die Stadt Uster einen budgetierten Verlust in einen buchhalterischen Gewinn umgerechnet. Die anstehenden Investitionen werden das Eigenkapital schmel-

zen lassen wie der wenige Schnee von diesem Jahr in der Frühlingssonne. Die mit den hohen Investitionen verbundenen Abschreibungen werden auf die städtische Rechnung drücken.

Es ist nicht erkennbar, dass der Stadtrat Ausgaben, die sich in seiner Kompetenz befinden, reduziert. Und in all diesen Zahlen ist die Entwicklung des Spitals Uster noch gar nicht berücksichtigt. Die unumgängliche Aktienkapitalerhöhung von bis zu Franken 20 Millionen (!) wird teuer zu finanzieren sein.

Die SVP Uster fordert den Stadtrat auf, alle Leistungen zu überprüfen. Für die Entwicklung des Spitals Uster und die daraus für die Stadt Uster resultierenden finanziellen Konsequenzen sind Szenarien zu planen und entsprechend finanzpolitische Vorbereitungen einzuführen.

Dem Budget ist Folge zu leisten und absehbare zu hohe Steuereinnahmen sind durch eine Senkung des Steuerfusses für das Folgejahr zu kompensieren.

Einladung zum Grillplausch



bei Kurt und Elsbeth Bräm
im Basi, Dietikon

1. Mai 2023 ab 12 Uhr

Kommen Sie mit Ihrer Familie,
Ihren Freunden und Bekannten!



- Cervelat, Bratwürste, Steaks
- Getränke nach Wahl
- Hofeigene Produkte
- Friedliche Preise und gute Stimmung

Anfahrt:

Es hat genügend Parkplätze. Für Spaziergänger schöne kleine Tour vom Zentrum aus.

Wir freuen uns über Ihren Besuch!

SVP Dietikon

Bei Rückfragen:
079 501 05 58 / Rochus Burtscher

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



PORTRÄT MARCO CALZIMIGLIA

Sekretariat SVP Kanton Zürich unter neuer Leitung

Am 1. März übernahm Marco Calzimiglia das Amt als SVP-Parteisekretär. Der 50-jährige Seuzacher wechselt vom Zürcher Bauernverband, wo er als Leiter Öffentlichkeitsarbeit und Mitglied der Geschäftsleitung tätig war.



Marco Calzimiglia ist der neue Parteisekretär der SVP Kanton Zürich.

Bild: zVg

Marco Calzimiglia möchte die Konsolidierung, die unter seinem Vorgänger Werner Gartenmann begonnen hat, fortsetzen. Der zweifache Vater und begeisterte Schwimmer sieht seine Aufgabe sportlich: «Die SVP Kanton Zürich ist heute solide aufgestellt. Wir machen vieles richtig, müssen uns aber punkto Effizienz noch verbessern.»

Als langjähriger KMU Co-Geschäftsführer hat Calzimiglia dafür den richtigen Blick.

Calzimiglia sieht sich selbst als vorsichtigen Reformier. «Mein Ziel ist es, die Basis- und Sektionsarbeit noch zu stärken und unsere Mandatsträger zu unterstützen. Der SVP Kanton Zürich ist es in den vergangenen Monaten gelungen, die politische Trendwende einzuleiten und bei den Wahlen im Februar als Gewinnerin dazustehen.»

Darin sieht Calzimiglia die grosse Stärke der Partei: «Die SVP bleibt als einzige Partei im Kanton Zürich eine Volkspartei. Sie ist tief mit den Zürcherinnen und Zürchern verbunden. Der Erfolg der SVP – auch bei den Wahlen

im Herbst – hängt wesentlich von der Initiative der Sektionen und deren Basis und ihrer Mobilisierung ab. Ich möchte sie dabei bestmöglich unterstützen.»

Optimierungspotenzial erkennt Calzimiglia unter anderem bei der Digitalisierung und der Vereinfachung von Abläufen. Damit sollen vor allem die Sektionspräsidenten und Mandatsträger entlastet werden. Sein Vorgänger, der Berner Oberländer Werner Gartenmann, der seit Herbst 2021 an der Parteizentrale in Dübendorf wirkte, kehrte in seine Heimat zurück.

Dort wird er sich als Geschäftsführer der Pro Schweiz widmen, die als Nachfolgeorganisation aus der AUNS hervorgegangen ist. «Werner wird in Zürich immer willkommen sein und wir freuen uns, ihn hier von Zeit zu Zeit zu sehen», meint Calzimiglia.

Wir wünschen Marco Calzimiglia viel Erfolg bei seiner neuen, anspruchsvollen Aufgabe.

Die Redaktion

Allerlei



EU DEFINIERT WESTLICHE WERTE

Die Meinungskorridore werden immer enger

Während die EU die angeblich fehlende Pressefreiheit in Ungarn kritisiert, zieht sie an allen Fronten die Meinungskorridore enger.

rw. In der EU sind Sprache und Wirklichkeit meist sehr weit auseinander. So gibt sich Brüssel selbst das Motto «In Vielfalt geeint». Aber diese Meinungsfreiheit ist nur diejenige der Regierenden.

Was wahr ist und was ist, wird heute bereits durch ein Wahrheitsministerium Orwellscher Art entschieden. Ja man bekommt immer mehr das Gefühl, dass Orwells düsterer Roman «1984» quasi als Blaupause von der EU angewendet wird.

Destruktive Zensuroffensive
Auf den sozialen Medienplattformen ist zunehmend eine destruktive Zensuroffensive festzustellen. Damit gibt es nur noch staatlich gelenkte Meinungen mit manchmal totalitärem Wahrheitsanspruch.

Der so genannte «Hass im Netz» gilt als Vorwand, um die Meinungskorridore immer enger zu ziehen. Sogenannten alternativen Medien und deren Meinungen soll regelrecht der Garaus gemacht werden.

Die Versuche, Zeitungsverlage mit staatlichen Geldern zu ködern und die öffentlich-rechtliche Meinungsführerschaft mit obligatorischen Bürgerabgaben künstlich zu erhöhen, kennen wir auch in der Schweiz.

Nicht verwunderlich wird diese antidemokratische Meinungspolitik von Globalisten angeführt. Soros, Gates, Schwab, und wie sie alle heissen, wollen in Zusammenarbeit mit Bidens Amerika und von der Leyens EU den sogenannten westlichen Werten zum Durchbruch verhelfen. Diese

scheinen aber mit Demokratie und Unabhängigkeit nichts mehr zu tun zu haben.

Erhalt der eigenen Kultur
Das EU-Land Ungarn muss sich immer wieder kritisieren lassen für angeblich fehlende Meinungsfreiheit. Der Kampf um den Erhalt der eigenen Kultur kann kein Verbrechen sein.

In Ungarn gibt es keine Messermorde und Gruppenvergewaltigungen. Aber es gibt einen grossen Konsens in der Bevölkerung, etwa gegen die Frühsexualisierung oder gegen die Masseneinwanderung.

Das ist den Herrschenden in Brüssel und allen Globalisten dieser Welt ein Dorn im Auge.

BUNDESRAT IN DER EUROPAPOLITISCHEN SACKGASSE

Die wahren Eckwerte

Der Bundesrat will bis Ende Juni 2023 «Eckwerte» eines Verhandlungsmandats mit der EU definieren.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Das Wirtschaftsdepartement von Guy Parmelin soll Vorschläge machen, wie sich der Lohnschutz im Inland absichern lässt. Damit die Landesregierung bei ihrem Gang nach Brüssel die Gewerkschaften doch noch auf ihre Seite ziehen kann.

Offiziell spricht der Bundesrat von einer «positiven Dynamik» bei den Verhandlungen um ein EU-Rahmenabkommen. Er lässt sich beflügeln durch die Kantonsregierungen, die ihre Souveränitätsrechte kleinmütig preisgeben und den Europäischen Gerichtshof als oberste Instanz akzeptieren wollen.

Bedauerlicherweise hat der Bundesrat seine «Eckwerte» bei den Verhandlungen falsch gesetzt. Und das tut er leider seit Langem. Als der Bundesrat am 26. Mai 2021 beschlossen hat, das institutionelle Abkommen

nicht zu unterschreiben, musste der damalige Bundespräsident Guy Parmelin (SVP) diesen Entscheid zwar der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen offiziell mitteilen. Doch im Redetext der bundesrätlichen Absage fehlte der entscheidende Satz: «Die Schweiz schliesst kein Abkommen ab, bei dem sie automatisch Eure Gesetzgebung übernimmt und dabei die Schweizer Stimmbürger ausschaltet und dazu erst noch fremde Richter akzeptieren muss.»

Dies wären die wahren Eckwerte eines soliden Verhandlungsmandats. Solange der Bundesrat aber um diese Eckwerte herumdruckt, wird er nie aus dem Elend seiner europapolitischen Sackgasse herausfinden.

Denn unsere Bürgerinnen und Bürger werden sich nicht wegen irgendwelcher Sonderinteressen von einigen eigennützigem Hochschulprofessoren, kurzsichtigen Konzernmanagern und irreführenden Regierungsräten ihr wichtigstes Bürgerrecht aus der Hand nehmen lassen: das direktdemokratische, letztgültige Stimmrecht auf allen Stufen unseres Gemeinwesens.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP BÄRETSWIL ZUR GENERALVERSAMMLUNG VOM 31. MÄRZ

Neue Präsidentin gewählt bei der SVP Bäretswil

An der Generalversammlung vom 31. März 2023 wurde Susanne Gerber als neue Präsidentin der SVP Bäretswil gewählt.



Susanne Gerber ist die neue Präsidentin der SVP Bäretswil.

Bild: zVg

Susanne Gerber ist ein langjähriges, verdientes Behörden- und Vorstandsmitglied, welches mit der politischen Basisarbeit bestens vertraut ist.

Mit grossem Applaus wurde der ausscheidende Präsident Andreas Strickler für sein jahrelanges Mitwirken verabschiedet. Als neues Vorstandsmitglied wurde Rico Schaffer, welcher schon Parlamentserfahrungen in Wetzikon gesammelt hat, in den Vorstand gewählt.

Erfreulicherweise konnte die Sektion Bäretswil sechs neue Mitglieder aufnehmen und wird gut gerüstet und hoffnungsvoll in den anspruchsvollen Wahlherbst 2023 blicken.

J A

ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT



DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

 neutralitaet-ja.ch

Fadegrad



von
Samuel Balsiger

Der verlängerte Arm der Linksextremen

Die Stadt Zürich hat ein links-extremes Problem. Regelmässig marschieren bis zu 1000 schwarz verummte Militante durch die Strassen. Wohl Hunderte sind gewaltbereit. Bei linksextremen Krawallen werden ganze Quartiere verwüstet und Menschen mit Eisenstangen, Steinen und Molotowcocktails angegriffen. Oder Innenräume von Restaurants zerstört und auch mal ein Coop geplündert. Linksextreme greifen sogar die eintreffende Feuerwehr an. Man stelle sich vor, solche Gewalt käme von der rechten Seite. Die Medien und die Politik würden Sondersendungen und Sondersitzungen einberufen. Die Schweiz würde kopfstehen. Aber die Gewalt kommt von links – und wird deshalb totgeschwiegen und verharmlost.

Manche Linke halten Gewalt für gerechtfertigt. Deshalb haben eine Mehrheit aus SP, «Grüne» und Alternative Liste vor Kurzem im Stadtzürcher Parlament ein Vorstosspaket der SVP gebodigt. Die SVP wollte damit den Stadtrat beauftragen, endlich den Linksextremismus zu bekämpfen. Der Stadtrat wollte die SVP dabei teilweise unterstützen. Doch die «Grünen» machten sich in der Debatte über die Gewaltopfer lustig. Die Alternative Liste meinte sogar, dass gewalttätige Ausschreitungen «sozialen Fortschritt» bedeuten. Der Arm der militanten Linksextremen reicht bereits bis weit ins Parlament – und kann dort Mehrheiten schaffen. Dies muss jedem aufrechten Demokraten Sorgen bereiten.

Auch der Bundesnachrichtendienst weist nach, dass fast alle politisch motivierte Gewalt von links kommt. Warum schreiben die Kartellmedien davon nichts? Zeitungen wie der Tages-Anzeiger und der Blick nannten die gewalttätigen Linksextremisten liebevoll «Aktivisten». In einem Beitrag nach einer linksextremen Gewaltorgie vor wenigen Wochen zeigte das SRF nicht die linksextreme Gewalt, sondern ungefiltert die Sprechchöre der Antifa-Schergen. Das Verhalten der Kartellmedien lässt tief blicken. Die Linksextremen sind in die Parlamente und die Redaktionsstuben vorgedrungen.

Am 22. Oktober sind Nationalratswahlen. An diesem Wahlsonntag können wir den Linksextremen eine demokratische Antwort auf ihre Chaos-Politik liefern. Es ist entscheidend, dass die SVP stark zulegen kann. Dies hätte eine psychologische Wirkung weit über die Anzahl Sitzgewinne hinaus. Bei Standaktionen ist oft zu hören: «Die SVP hat recht. Aber ich gehe nicht wählen – es bringt ja eh nichts.» Es liegt nun an der Partei, all diesen Wählern zu zeigen: Doch, SVP wählen bringt viel. Wir bringen Wohlstand, Sicherheit und Freiheit. Wir verteidigen die Grundwerte der Schweiz. Wer SVP wählt, sagt JA zur Schweiz!

Oh Herr, lass es Hirn regnen

Es war ein schwerer Gang für uns SVPlar an die letzte Gemeinderatssitzung. Die Traktandenliste war es, die uns auf den Magen schlug: Sehr viele Vorstösse von linker Seite, die nur ein Ziel haben, massiven Druck und Bevormundung auf die städtische Bevölkerung auszuüben. Eine grosse Belastung für eine Partei, welche Freiheit als zentralen Wert vertritt. Aber gehen wir der Reihe nach.



Walter Anken
Gemeinderat SVP
Zürich 6

Bereits zu Beginn der Ratssitzung wurde eine Fraktionserklärung der Grünen verlesen. Der Inhalt war aus dem sechsten Sachstandsbericht des UN-Weltklimarats, der in Interlaken der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Der Bericht zeige, wie schlimm es um das Klima stehe und dass der Druck hoch sei. Die Gesellschaft sei im Denken gefangen, was die Klimakrise noch verstärke. Weiter ist zu lesen, dass wir Menschen Teil der lebensbedrohlichen Klimakrise seien, denn dies sei auch eine gesellschaftliche und eine kulturelle Krise. Krise, Krise und nochmals Krise! Für jeden Politiker müsse es Pflicht sein, den Bericht zu lesen, denn ohne diesen Inhalt zu kennen, dürfe kein Entscheid mehr gefällt oder Vorstoss eingereicht werden. Sie sehen, liebe Leserin und Leser, absolute Weltuntergangs-Stimmung. Typisch für die Grünen, SP, AL und GLP, mit Angstmacherei die Menschen zu zwingen, ihre Ideologien anzunehmen, mit nur einem Ziel, die Wahlen zu gewinnen. Nur so dumm sind diese Wählerinnen und Wähler eben nicht, zum Glück.

Pflanzenbasierte Menüs

Im ersten Postulat – Sie ahnen es, von den Grünen und der SP – ging es um pflanzenbasierte Menüs mit guter Ökobilanz. Diese müssen Standardoptionen in den Stadtspitälern, Gesund-

heitszentren für das Alter und Personal-Cafeterias etc. werden. In Krankenhäusern in New York City habe man mit pflanzenbasierten Menüs sehr gute Erfahrungen gemacht, war von der Sprecherin der Grünen zu hören. Ausgerechnet New York in den USA wird als Beweis für den Vorstoss herangezogen. Ein Land, das pro Kopf und Jahr doppelt so viel Fleisch isst im Vergleich zur Schweizer Bevölkerung, nämlich 92 kg. Dass Kranke auch in New York weniger Appetit auf Fleisch haben und lieber etwas Leichtes essen, ist nun auch keine Überraschung. Mein Hilferuf in den Rat «Hände weg von meinem Sonntagsbraten», blieb bei der Abstimmung ungehört.

Forderung nach eCargo-Bonus

Im nächsten Postulat der SP wurde es noch surrealer. Hier wurde gefordert, dass dem Gewerbe ein eCargo-Bonus bezahlt wird, wenn dieses die innerstädtischen Wege mit eCargo-Bikes statt mit fossil betriebenen Fahrzeugen zurücklegt. Die Lebensdauer eines fossil betriebenen Autos oder Lastwagens dürfe kein Grund sein, diese nicht zu verschrotten, so die Begründung der Verkehrsfeinde im Rat. Auch hier habe ich versucht, die weltfremde, linke Vorstellung auf den Boden der Realität zu bringen, indem ich ihnen sagte, ich würde gerade versuchen, mir vorzustellen, wie ein Zimmermann einen 12 m langen Firstbalken für ein neues Gebäude mit dem eCargo-Bike quer durch die Stadt auf die Baustelle transportiert.

Mein zweiter Versuch, mit dem Beispiel des Sanitärinstallateurs die Praxis näherzubringen, indem mir die

Linke doch erklären soll, wie besagter Arbeiter die Wärmepumpe und seine schweren Werkzeugkisten mit dem eCargo-Bike in mein Haus transportiert, scheiterte ebenfalls kläglich, wie mir die grossen Augen auf linker Ratsseite verrieten.

Drei weitere Postulate mit der Forderung, den Textilkonsum zu senken, indem wir doch Secondhand-Kleider

-Schuhe kaufen müssen, oder ein Massnahmenplan für die Kreislaufwirtschaft sowie die Forderung an den Stadtrat, nur noch langlebige Verbrauchsmaterialien zu beschaffen, konnte unsere Stimmung am Mittwochabend nicht mehr heben. Alle Postulate wurden an den Stadtrat überwiesen. Oh Herr, lass es Hirn regnen, ging es mir auf dem Heimweg durch den Kopf.



Die Frage, wie der Schreiner den 12 Meter langen Firstbalken mit dem eCargo-Bike zur Baustelle transportieren soll, bleibt von der linken Ratsseite unbeantwortet.

pixabay.com

AUS DEM DIETIKER GEMEINDERAT

Umstrittene Initiativen auf der Traktandenliste

An der letzten Gemeinderatssitzung wurde die kommunale Volksinitiative «Ja zur regionalen Landwirtschaft» behandelt. Nach dem Titel könnte man denken, das sei eine gute und unterstützungswürdige Sache. Dem ist leider nicht so.



Konrad Lips
Fraktionspräsident/
Gemeinderat SVP
Dietikon

Wie kam die Initiative zustande? Ein Dietiker Bewohner, der mehrfach als Stadtrat, Stadtpräsident und zuletzt auch als Kantonsrat kandidiert hat, will das Rad in Dietikon zurückdrehen! Dietikon soll nicht mehr so stark wachsen und das Niderfeld nicht überbaut werden! Das Limmattal wurde einmal vom Kanton auserwählt, um ins Kantonswachstum aufgenommen zu werden.

Besonders das Niderfeld wurde dafür vorgesehen. Um dieses geht es jetzt auch. Die Initiative verlangt, dass das Land, welches im Besitz der Stadt Dietikon ist, bis im Jahr 2040 nicht überbaut werden darf und der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden soll!

Dies würde aber nur das Land der Stadt betreffen und nicht dasjenige der privaten Grundeigentümer. Man muss dazu auch noch sagen, dass die Stadt nicht so viel Land im Niderfeld besitzt und dieses für den Bau eines Schulhauses gebraucht würde.

Initiative für ungültig erklärt

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat den Antrag gestellt, die Initiative für ungültig zu erklären. Die vorbereitende Kommission kam zum gleichen Schluss. Wir würden mit der Initiative gegen übergeordnetes Recht verstossen und so in Konflikt mit dem Kanton



Bereits 1995 hat der Kantonsrat im kantonalen Richtplan das Niderfeld dem Zentrumsgebiet von kantonalen Bedeutung zugeteilt. Dieses bezeichnet Gebiete mit hoher ÖV-Erschliessungsqualität. Im Bild die Haltestelle Niderfeld.

Bild: Konrad Lips

geraten! So wurde das ganze einstimmig vom Gemeinderat für ungültig erklärt.

Der Initiant kam leider um Jahre zu spät! Durch diese Gegend fährt heute schon die Limmattal-Bahn, die das Gebiet mit dem öffentlichen Verkehr erschliessen soll.

Bezahlbarer Wohnraum kommt vor's Volk

Was beschäftigt Dietikon noch? Die Volksinitiative «Bezahlbarer Wohnraum» wird zur Abstimmung kom-

men. Diese Initiative kommt aus der linken Ecke und verlangt, dass der gemeinnützige Wohnungsbau in Dietikon stark gefördert wird. Dietikon ist heute schon über dem kantonalen Durchschnitt.

Der Gemeinderat hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der für Dietikon auch finanziell tragbar wäre. Dieser genügt der linken Seite natürlich nicht! Und so kommen nun die Initiative und der Gegenvorschlag zur Abstimmung. Wie schon vor einem Jahr, als gewisse Kreise gegen einen priva-

ten Gestaltungsplan das Referendum ergriffen haben, wurde wieder ein überparteiliches Komitee gegründet. Das Komitee, in welchem auch verschiedene Verbände vertreten sind, wird sich dafür einsetzen, dass die Dietiker Bevölkerung überzeugt werden kann, dass der Vorschlag des Gemeinderats der bessere Weg und auch für alle tragbar ist.

Es wird uns in Dietikon sicher nicht langweilig. Wir bleiben dran, das beste für die Dietiker Bevölkerung rauszuholen.

MEDIENMITTEILUNG SVP KANTON ZÜRICH:

PJZ: Fehlplanungen der Justizdirektion kosten Steuerzahler Millionen!

Die Justizdirektion trägt die Verantwortung für die millionenschweren Planungsfehler. Die SVP fordert lückenlose Aufklärung.

In einer heutigen Medienmitteilung des Regierungsrates wird die Fehlplanung des Polizei- und Justizentrums (PJZ) indirekt zugegeben und von «veralteten Planungen» gesprochen. Diese führen nun zur ausserplanmässigen Schaffung von 82 zusätzlichen Stellen im Untersuchungsgefängnis Zürich West und Mehrkosten von 20 Millionen bis 2025. Für das Versagen sind jedoch keine «veralteten Planungen», sondern allein die Justizdirektion unter SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr verantwortlich sowie die zuständigen Organe.

Kritische Stimmen erhalten recht

Schon im Vorfeld der Abstimmung zum PJZ-Gesetz im Jahr 2003 hatte die SVP auf die Risiken einer Zentralisierung des Justizapparates und die entstehenden Mehrkosten hingewiesen. Das PJZ-Gesetz wurde aber vom Stimmvolk mit 55,7 Prozent gutgeheissen. Auch bei der zweiten Volksabstimmung im Jahr 2011, die wegen Projekt-Mehrkosten nötig war, hat die SVP auf diese Gefahren hingewiesen. Nicht zuletzt wegen falscher Versprechungen des Regierungsrates zu allfälligen Synergieeffekten und Kosteneinsparungen haben jedoch erneut 54,2 Prozent für die Weiterverfolgung des Grossprojekts votiert.

Nun behält die SVP einmal mehr mit ihrer kritischen Haltung recht. Die Zürcher Stimmbevölkerung wurde in den letzten 20 Jahren nicht richtig



Schon vor 20 Jahren hat die SVP auf die Risiken einer Zentralisierung des Justizapparates hingewiesen.

Bild: zVg

informiert und mit falschen Versprechungen gelockt. Wir alle bezahlen jetzt die Zeche! Dies ist der eigentliche Skandal. Die nun ans Licht kommenden Fehlplanungen sind wohl erst der Anfang. Wir stehen vor einer Ernüchterungsphase im Umgang mit dem Grossprojekt.

SVP fordert Konsequenzen

Die SVP bedauert diese Fehlplanungen ganz klar. Wir können nicht nachvollziehen, wie an Grundlagen von 2003 festgehalten wurde. Die neuen Faktoren für den 24-Stunden-Betrieb wurden nämlich andernorts bereits angewendet und sind demnach bekannt. Hier wurde schlichtweg geschlafen

oder, was auch möglich ist: Mit dem Argument der «veralteten Planungen» sollen noch grössere Fehler verdeckt werden. Die SVP fordert die lückenlose Aufklärung dieser gravierenden Fehler, für welche alleine die Justizdirektion verantwortlich ist. In Zeiten von steigender Kriminalität aufgrund hoher Zuwanderung ist es unverzeihlich, wenn die Verwaltung nicht in der Lage ist, die nötigen Ressourcen im Strafvollzug zu planen und umzusetzen. Die Sicherheit der Bevölkerung darf nicht unter solchem Versagen leiden und die Steuer-gelder müssen transparent und im Rahmen seriöser Budgetprozesse bewilligt werden – und nicht über die Hintertür von Notmassnahmen.

NEUE EU-VERHANDLUNGEN

Was will Bern eigentlich?

Der Bundesrat hat beschlossen, bis Ende Juni 2023 Eckwerte für ein Verhandlungsmandat mit der Europäischen Union (EU) zu erarbeiten. Es war zu erwarten, dass der Bundesrat nach dem Verhandlungsstopp im Mai 2021 über ein institutionelles Rahmenabkommen auf neue Verhandlungen drängt.



Reinhard Wegelin
Alt-Parteisekretär
Pfäffikon

Der Bundesrat hielt Ende Februar eine europapolitische Klausur ab, um das neue Verhandlungsmandat mit der EU festzulegen. Die offenen Punkte in den Gesamtbeziehungen mit der EU wolle man «auf der Grundlage eines breiten Paketansatzes angehen». Das heisst, man will die Rechtsübernahme und die Streitbeilegung jeweils in den einzelnen Abkommen festzurren. Man will also in Bern nur noch über den Weg verhandeln. An den Zielen der EU will die Landesregierung gar nicht rütteln, die soll die Schweiz übernehmen müssen.

Stabilisiert Brüssel auch?

Nach dem Nein zum Rahmenabkommen 2021 hat der Bundesrat einzelne Departemente damit beauftragt, die Möglichkeit von Anpassungen des nationalen Rechts an EU-Recht zu prüfen mit dem klaren Ziel, «die bilateralen Beziehungen zu stabilisieren». Man könnte nun die Frage stellen: Was macht eigentlich Brüssel, um die bila-

teralen Beziehungen zur Schweiz zu stabilisieren? Ob dem Bundesrat klar ist, dass man in einer Krise das Bewährte nicht über Bord werfen kann? Und: Darf man den Bundesrat zwingen, einen falschen europapolitischen Verhandlungskurs vorantreiben zu müssen, während gar niemand bereit ist, diese Verhandlungen zu führen? Der Bundesrat tut sich sichtlich schwer damit. Neues EU-Recht darf auch in Zukunft nicht übernommen werden. Es darf keine Unterstellung der schweizerischen Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit sowie der direkten Demokratie unter den EU-Gerichtshof (EuGH) geben. Und eine Übernahme der Unionsbürgerrechtlinie wäre mehr als fatal für unseren Sozialstaat.

Die Schweiz entfesseln

Nationalrat Roger Köppel von der Ausserpolitischen Kommission sagte es klar im Parlament: «Wir dürfen die Schweiz nicht noch mehr fesseln mit institutionellen Verhandlungen, die nicht funktionieren. Wir müssen die Schweiz entfesseln. Es gibt eine unabhängige Schweiz, die auch auf gleichberechtigter Augenhöhe mit der EU verhandeln kann.» Er wandte sich damit gegen ein einseitiges Diktat des Parlaments. Den Aussagen ist nichts mehr beizufügen.

MEDIENMITTEILUNG SVP KANTON ZÜRICH:

Für wenige statt für alle? Die SVP sagt NEIN zur linken Kulturpolitik

Die SVP lehnt die Beiträge an die Kulturstätten der Stadt Zürich ab, aber unterstützt die Beiträge an die Kulturstätten der Stadt Winterthur. Es braucht eine Durchleuchtung und Reform der Zürcher Kulturindustrie.

Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft. Kultur ermöglicht, unsere Geschichten und Traditionen aus unterschiedlicher – auch kritischer – Sicht zu beleuchten und weiterzuleben. Damit soll die gemeinsame Identität, das gegenseitige Verständnis und Toleranz gefördert werden. Kultur trägt auch in der Wirtschaft eine wichtige Rolle, so in den Bereichen Design, Architektur, Musik, Film und vielem mehr. Doch die Kulturinstitutionen aus der Stadt Zürich haben die Bodenhaftung verloren und den Bogen überspannt – im Speziellen das Schauspielhaus.

Mit der Zustimmung zu den Beiträgen an die Kulturinstitutionen setzt der Kanton Zürich definitiv falsche Anreize. Bereits heute erhält die Stadt Zürich rund 400 Millionen aus dem Zentrumslastenausgleich, wovon 40 Millionen Franken in die Stadtzürcher Kultur fliessen müssen. Nun soll der Kanton Zürich erneut Gelder für genau diese Kulturinstitutionen sprechen – das kann nicht sein. Auch die Stadt Winterthur erhält einen rechten «Batzen» aus dem Zentrumslastenausgleich – doch Winterthurs Kulturinstitutionen sind nicht von denselben Problemen belastet wie die der Stadt Zürich.

In der Kulturindustrie von Zürich herrschen heute nämlich gravierende Missstände:

- Einzelne wenige Kulturangestellte auf Top-Positionen leben in Saus und Braus. Sie geniessen offenbar die Gunst der Stadtregierung und des Establishments. Die Mehrheit der Kulturschaffenden hat jedoch kaum Einkommen.
- Die finanzierte Kultur ist links-ideologisch woke, langweilig und elitär. Sie kann die Bevölkerung des Kantons Zürich nicht begeistern.
- Umbauten, wie beim Kongresshaus 2021, werden unbefriedigend geplant. Nun gibt es schon neue An-

forderungen, die möglicherweise vergessen wurden bzw. bewusst weggelassen wurden.

- Kosten, die von Privaten getragen werden sollten, wie beispielsweise die Provenienz Forschung für die «Bühle Stiftung», werden dem Kanton aufgehalst.
- Der Kanton Zürich unterstützt das Opernhaus bereits mit jährlich rund 85 Millionen Franken.

Es ist klar, dass die linke Allianz SP, Grüne, AL und EVP allein die Interessen der Kulturbonzen und nicht der breiten Bevölkerung im Auge hat. Bei den Finanzinstitutionen sprechen sie gerne von Geldgier – doch sie handeln ebenso geldgierig und aus Eigeninteresse. Anders als die Bankiers nehmen sie sich dabei noch heraus, auf ihre Arbeitgeber, die Steuerzahler, herabzublicken und sie regelmässig als Rassisten zu diffamieren! Die Kulturbonzen lassen es sich gut gehen und wollen mehr Geld. Dies, obwohl auch die Zürcher Kunstgesellschaft über potente Geldgeber verfügt.

Die SVP weiss, dass auch innerhalb der bürgerlichen Parteien FDP und Die Mitte viel Kritik an der linken Kulturpolitik vorhanden ist. Obwohl diese Parteien den Beiträgen letztlich zugestimmt haben, gibt es eine Basis für eine gemeinsame, bürgerliche Kulturpolitik. Aus Sicht der SVP ist die Durchleuchtung und Reform der Kulturförderung der Stadt Zürich nämlich dringlich. Es kann nicht sein, dass der Kanton Zürich für die Misswirtschaft und Günstlingspolitik der linken Stadtzürcher Regierung aufkommt. Wenn die Stadt Zürich ihre Kulturinstitutionen weiterhin betreiben will, dann soll sie es selbst bezahlen, effizient und damit bevölkerungsorientiert betreiben oder schliessen. Dies ist dann ein wirtschaftlich-kultureller Entscheid. Aber ob die Stadt Zürich genügend Mut hat, ist fraglich.

Gesucht: ZKB-Bankrat



Infolge Erreichung der Altersgrenze des SVP-Mitglieds im ZKB-Bankrat per 31.12.2023 sucht die SVP-Fraktion des Kantonsrats Zürich eine Nachfolge. Eine Findungskommission der SVP prüft und beurteilt die Bewerbungen, um der Kantonsratsfraktion einen Nominationsvorschlag zu unterbreiten. Die Erneuerungswahl findet durch den Zürcher Kantonsrat statt.

Wir suchen eine starke Persönlichkeit als

Mitglied des Bankrats der Zürcher Kantonalbank

In dieser anspruchsvollen strategischen Führungsfunktion bilden Sie zusammen mit drei Mitgliedern des Bankpräsidiums und neun weiteren Bankräten das oberste Organ der Zürcher Kantonalbank.

Der Bankrat in Kürze

Der Bankrat wird vom Kantonsrat für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die Amtszeit der Bankräte ist auf zwölf Jahre beschränkt und endet in jedem Fall mit der Vollendung des 70. Lebensjahrs. Die wichtigsten Kompetenzen umfassen die Festlegung der Grundsätze von Unternehmenspolitik, Leitbild, Strategie und Organisation, die Genehmigung von Jahresbericht und Jahresrechnung, die Festlegung der Höhe der Gewinnausschüttung an Kanton und Gemeinden, die Kenntnisnahme von grossen Risikopositionen und die Anstellung und Entlassung von Mitgliedern der Generaldirektion. Der Bankrat bildet zur Vorbereitung und Ausführung seiner Beschlussfassung verschiedene Ausschüsse. Es sind dies der Prüf-, der Risiko-, der Entschädigungs- und Personalausschuss sowie der IT-Ausschuss.

Anforderungsprofil

Je nach Ausschuss müssen folgende fachlichen Kriterien erfüllt werden:

- Erfahrungen im Bankenumfeld, idealerweise bei Universalbanken wie ZKB, aber auch breiteres Bankwesen wie Privatbanken, Investmentbanken, Asset Management, Regulatoren/Zentralbanken
- Verständnis einer Bankbilanz, von Asset Liability Management und Finanzfragestellungen insgesamt
- Erfahrungen mit Risiken, wie sie vor allem in Banken auftreten (Kredit-, Markt-, Zins-, Operationelle (inkl. Reputations-), Business Continuity-Risiken)
- Erfahrung mit Verantwortung für Verkaufs-, Vertriebs- und sonstigen Kunden-Organisationen (innerhalb und ausserhalb des Bankgeschäftes)
- Erfahrung mit Rechtssystemen/Normen und Compliance Fragestellungen
- Erfahrungen in den Bereichen IT/Digital (Digital z.B. nicht nur auf der Verkaufsseite, sondern über die gesamte Prozesskette)
- Beurteilungsfähigkeit Leistungsauftrag (Versorgungs-, Unterstützungs-, Nachhaltigkeitsauftrag)

Allgemeine Kriterien:

- Fähigkeit, relevante Beiträge für bereichsübergreifende Strategien oder zumindest für Bereichsstrategien zu leisten
- Fähigkeit, Zusammenarbeit über Departementsgrenzen und Hierarchiestufen hinweg zu initiieren und zu verbessern
- Erfahrung in Führungsverantwortung
- Fähigkeit, Veränderungen zu initiieren, voranzutreiben und zum Durchbruch zu verhelfen
- Ein Mitglied des Bankrats muss der Generaldirektion fachlich und persönlich auf Augenhöhe begegnen können, weshalb Erfahrungen auf Stufe Verwaltungsrat oder Geschäftsleitung zweckmässig sind.

Persönlichkeitsbezogene Anforderungen:

- Integrität, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, Professionelle Identifikation, Belastbarkeit, Leistungs- und Verantwortungskultur, zeitliche Verfügbarkeit
- Sie sind Mitglieder der SVP.

Dem Bankrat nicht angehören dürfen: Mitglieder des Kantonsrates, des Regierungsrates, der Gerichtsbarkeit des Kantons Zürich, Mitglieder von Steuerbehörden und Steuerbeamte und für andere Banken tätige Personen.

Das Arbeitspensum eines Bankrates beträgt ca. 30%.

Wir freuen uns auf Ihre persönlichen Unterlagen und Ihr Bewerbungsschreiben.

Einsendeschluss ist der 16. April 2023.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte an die Fraktionssekretärin, Marlies Pfister, Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, marlies.pfister@svp-zuerich.ch.

Bei Fragen wenden Sie sich an den Präsidenten der Findungskommission, Kantonsrat André Bender, Tel. 079 403 68 49 oder gp.oberengstringen@bluewin.ch.

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00–22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertionenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertionsschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Freitag, 16. Juni 2023 bis Sonntag, 18. Juni 2023, SVP-Stand am Dorffest, Dorfplatz, Niederglatt. Nationalräte und Kantonsräte sind anwesend.

Bezirk Dielsdorf/Regensdorf
Montag, 1. Mai 2023, 12.00 Uhr, 1.-Mai-Feier, Dorfstrasse 113, Watt, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Bezirk Dietikon/Dietikon
Montag, 1. Mai 2023, 12.00 Uhr, Grillplausch, bei Kurt und Elsbeth Bräm, im Basi, Dietikon.

Stadt Zürich
Donnerstag, 20. April 2023, 20.00 Uhr, Delegiertenversammlung, Zunfthaus zur Haue, Limmatquai 52, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 6
Samstag, 15. April 2023, 09.00–11.00 Uhr, Sessionszorg, Hotel Krone Unterstrass, Schaffhauserstrasse 1, Zürich, mit den Nationalräten Gregor Rutz und Mauro Tuena.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 12. Mai 2023, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Büsi, Bärenbohlstrasse 47, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Alfred Heer.

Freitag, 26. Mai 2023, 18.00 bis 20.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. Thema: Krisenzeit – wie weiter?

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 14. April 2023, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Kaserne, Kasernenstrasse 129, Bülach.

Samstag, 13. Mai 2023, 13.15 bis 16.30 Uhr, Workshop und Nominationsveranstaltung, Gemeindezentrum, Im Zentrum 1, Oberengstringen. Anmeldung an straessle@jsvp-zh.ch.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Einladung zum Sessionszorg

Bericht aus Bundesbern



Gregor Rutz
Nationalrat /
Ständeratskandidat



Mauro Tuena
Nationalrat

Samstag, 15. April 2023, 9-11 Uhr
Hotel Krone Unterstrass, Schaffhauserstr. 1, 8006 Zürich (Tram Nr. 11/14 bis Kronenstrasse)

Alle sind herzlich willkommen!
Kaffee und Gipfeli sind offeriert.

svp-stadt-zuerich.ch 

SRG

200 Fr. sind genug!

sr-g-initiative.ch

Darum braucht es die SRG-Initiative:

- Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Immer noch genug!
- Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!
- Arbeitgeber und Gewerbler werden doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!

Telefon: 052 301 31 00 | www.srg-initiative.ch, info@srg-initiative.ch

Sichere Zukunft in Freiheit

Jetzt wählen!

SVP
Die Partei des Mittelstandes

